

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG **Handbücher**

Ullrich/von Coelln/Heusch (Hrsg.)

Handbuch Versammlungsrecht

Kohlhammer

Kohlhammer

Handbuch Versammlungsrecht

von

Isabel Nina Boesenberg, LL.M.

Oberregierungsrätin, Duisburg

Prof. Dr. Christian von Coelln

Professor für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Wissenschaftsrecht und
Medienrecht, Universität zu Köln

Prof. Dr. Andreas Heusch

Präsident des Verwaltungsgerichts, Düsseldorf
Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen
Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf

Dr. Oliver Jitschin

Richter am Amtsgericht, Göttingen

Dr. Jana Lorenz

Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht, Düsseldorf

Peggy Schott

Verwaltungsoberrätin, Abteilungsleiterin Sicherheitsangelegenheiten
Landeshauptstadt Dresden
Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit, Ordnungsamt

Prof. Dr. Norbert Ullrich

Professor für Öffentliches Recht, HSPV NRW, Abt. Duisburg
Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen

Michael Wernthaler

Polizeidirektor, Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal

1. Auflage

Verlag W. Kohlhammer

1. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-037104-0

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-037105-7

epub: ISBN 978-3-17-037106-4

mobi: ISBN 978-3-17-037107-1

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Versammlungsrecht ist Konfliktvermeidungs- und -regulierungsrecht. Vorrangig bezweckt es, die Wahrnehmung der grundrechtlich geschützten Versammlungsfreiheit zu ermöglichen und sie in einen angemessenen Ausgleich mit widerstreitenden Rechten und Belangen Dritter zu bringen. In dieser Funktion ist das Versammlungsrecht in einer freiheitlichen Ordnung stets aktuell. Besondere Bedeutung erlangt es in Zeiten tief gehender politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, die Menschen zur gemeinschaftlichen Kundgabe der eigenen Position in der Öffentlichkeit veranlassen und damit nicht selten gegenläufige Reaktionen provozieren. Dies war im Zusammenhang mit der Migrationskrise vor allem in den Jahren 2015/16 zu beobachten, nicht minder aber auch im Jahr 2020 anlässlich der Coronapandemie und der hieran anknüpfenden staatlichen Einschränkungen, durch die sich Menschen recht unterschiedlicher politischer Herkunft zu Protesten herausgefordert fühlten. Gerade wenn von politischer und gesellschaftlicher Seite – nicht selten medial unterstützt oder gar initiiert – bestimmte Erwartungen im Umgang mit Versammlungen an die verantwortlichen Entscheidungsträger herangetragen werden, gilt es die grundrechtliche Fundierung des subjektiven Versammlungsrechts nicht aus dem Blick zu verlieren. In jedem Fall ist den zuständigen Behörden ein sensibler Umgang mit den widerstreitenden Belangen aufzugeben. Das Versammlungsrecht enthält hierfür den verfassungs- und einfachrechtlichen Rahmen und stellt das notwendige Instrumentarium zur Herstellung des geforderten Ausgleichs zur Verfügung.

Das vorliegende Handbuch soll sowohl für die Praxis – u. a. Gerichte, Versammlungsbehörden, Polizei, Anwaltschaft und Veranstalter von Versammlungen – als auch für die Wissenschaft eine zuverlässige, auf dem neuesten Stand befindliche Quelle sein, um die Anforderungen des Versammlungsrechts bewältigen zu können. Den Begriff „Versammlungsrecht“ interpretieren wir bewusst weit: Das Buch behandelt alle typischerweise im Zusammenhang mit Versammlungen bedeutsamen rechtlichen Fragen aus den verschiedenen Rechtsgebieten. Zwar nehmen verfassungsrechtliche und verwaltungsrechtliche Aspekte den breitesten Raum ein, doch auch verfassungs- und verwaltungsprozessuale, zivilrechtliche, strafrechtliche, ordnungswidrigkeitenrechtliche und strafprozessuale Themen gehören zum Inhalt dieses Handbuchs. Vielfach werden dabei die Verknüpfungen der unterschiedlichen Rechtsgebiete miteinander deutlich. Durchweg findet umfassend die Rechtsprechung und in breitem Umfang auch die einschlägige Fachliteratur in dem Buch Beachtung. Vor allem bei den verwaltungs- und (versammlungs-)strafrechtlichen Materien ist zudem zu beachten, dass in einer weiterhin wachsenden Zahl von Bundesländern eigenständige Länder-Versammlungsgesetze gelten. Wir haben Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet und, wo nötig, die Rechtslage in unterschiedlichen Bundesländern nebeneinander dargestellt. Das am 11.2.2021 verabschiedete Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin konnte dabei noch einbezogen werden.

Dieser Aufgabe haben wir uns gestellt mit einem Autorenteam, in dem Wissenschaft und Praxis des Versammlungsrechts in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Auch wenn die jeweiligen Verfasser die von ihnen bearbeiteten Teile

Vorwort

selbständig verantworten und natürlich ab und an unterschiedliche Auffassungen Eingang in das Buch gefunden haben, haben wir uns um eine Verzahnung bemüht. Wir wollen für Klarheit sorgen und hoffen, der Praxis brauchbare Leitlinien und der Wissenschaft wertvolle Anregungen zu bieten.

Die Herausgeber danken den Autorinnen und Autoren für die engagierte, gewissenhafte und pünktliche (!) Erstellung ihrer jeweiligen Texte und die Einbringung von Ideen zu den anderen Kapiteln. Wertvolle Unterstützung bei der Erstellung des Teils „Verfassungsrecht“ haben Herr Rechtsanwalt Dr. Sebastian Nellesen, Frau Akad. Rätin Dr. Silvia Pernice-Warnke, LL.M. und Herr Wiss. Mit. Benno Pützer geleistet. Auch beim Verlag Kohlhammer und insbesondere Herrn Tobias Durst bedanken wir uns für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Auf Anregungen und Kritik (gern an norbert.ullrich@hspv.nrw.de oder lehrstuhl-voncoelln@uni-koeln.de) freuen wir uns.

Duisburg/Köln/Düsseldorf, im Februar 2021
Norbert Ullrich, Christian von Coelln, Andreas Heusch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIV
1. Teil Verfassungsrechtliche Grundlagen	1
A. Die Geschichte der Versammlungsfreiheit	1
B. Supranationale Bezüge	6
I. Der Schutz der Versammlungsfreiheit in Art. 11 Abs. 1 EMRK	6
1. Der Schutzbereich	6
a) Der persönliche Schutzbereich	6
b) Der sachliche Schutzbereich	6
2. Eingriffe in die Versammlungsfreiheit	7
3. Die Rechtfertigung von Eingriffen	7
a) Die allgemeinen Möglichkeiten der Beschränkung nach Art. 11 Abs. 2 S. 1 EMRK	7
b) Besondere Möglichkeiten der Beschränkung der Art. 11 Abs. 2 S. 2 EMRK	8
c) Die Möglichkeit der Beschränkung der politischen Tätigkeit von Ausländern nach Art. 16 EMRK	9
II. Der Schutz der Versammlungsfreiheit in Art. 12 Abs. 1 EUGrCh.	9
1. Der Schutzbereich	9
a) Der persönliche Schutzbereich	9
b) Der sachliche Schutzbereich	9
2. Eingriffe in die Versammlungsfreiheit	10
3. Die Rechtfertigung von Eingriffen	10
C. Die Gesetzgebungskompetenzen für die Regelung des Ver- sammlungsrechts	11
I. Die konkurrierende Zuständigkeit des Bundes bis 2006 . .	11
II. Die alleinige Zuständigkeit der Länder seit 2006	14
D. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, Art. 8 Abs. 1 GG . .	19
I. Der Schutzbereich des Art. 8 Abs. 1 GG	19
1. Der persönliche Schutzbereich	19
2. Der sachliche Schutzbereich	22
a) Der Gegenstand des Schutzes	22
b) Die Gewährleistungen der Versammlungsfrei- heit	37
3. Eingriffe in den Schutzbereich	43
4. Die Rechtfertigung von Eingriffen	44

Inhaltsverzeichnis

	a) Die Schranken der Versammlungsfreiheit.	44
	b) Die Schranken-Schranken	48
	5. Konkurrenzfragen	58
II.	Der landesverfassungsrechtliche Schutz der Versammlungsfreiheit	62
	1. Die Versammlungsfreiheit als Landesgrundrecht . . .	62
	2. Die Bedeutung der landesverfassungsrechtlichen Verbürgungen	63
2. Teil	Verwaltungsrecht	65
A.	Grundlagen	65
I.	Überblick über die Versammlungsgesetze in Deutschland.	65
II.	Aufbau und Regelungen der Versammlungsgesetze	65
	1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Versammlungsgesetzen	65
	2. Das Versammlungsgesetz des Bundes (VersG).	66
	3. Die Versammlungsgesetze in Sachsen und Sachsen-Anhalt	67
	4. Das Bayerische Versammlungsgesetz	67
	5. Das Niedersächsische Versammlungsgesetz	68
	6. Das Versammlungsfreiheitsgesetz Schleswig-Holstein	69
	7. Das Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin	70
III.	Versammlungsgesetze und Verfassung	71
IV.	Versammlungsgesetze und andere Gesetze	72
	1. Verhältnis zwischen Versammlungsgesetzen und allgemeinem Polizeirecht	72
	a) Die Versammlungsgesetze als Gefahrenabwehrgesetze.	72
	b) Versammlungsgesetze, allgemeines Polizeirecht und „Minusmaßnahmen“.	73
	c) Konstellationen der Anwendung des allgemeinen Polizeirechts bei Versammlungen	75
	2. Versammlungsgesetze und StPO.	77
	3. Versammlungsgesetze und sonstige Regelungen	79
	a) Normen des besonderen Polizeirechts	79
	b) Straßen- und Straßenverkehrsrecht	80
	c) Sonn- und Feiertagsgesetze.	81
V.	Der Versammlungsbegriff und die Abgrenzung zu anderen Zusammenkünften.	83
	1. Die Versammlung	83
	2. Die Abgrenzung zwischen Versammlung und Ansammlung im Einzelnen	84
	a) Grundsatz	84
	b) Prüfung.	84
	c) Abgrenzungsfälle	85

Inhaltsverzeichnis

VI.	Kategorien und Typen der Versammlung	88
1.	Erörterung und Kundgebung.	88
2.	Versammlung unter freiem Himmel und Versammlung im geschlossenen Raum.	89
3.	Öffentliche und nicht-öffentliche Versammlung.	89
4.	Ortsfeste Versammlungen und Aufzüge.	91
VII.	Behördliche Zuständigkeiten.	91
1.	Versammlungsbehörden und Polizei.	91
2.	Versammlungsbehörden in den einzelnen Bundesländern	92
VIII.	Problemfelder	94
1.	Versammlungsbeginn	94
2.	Adressaten behördlicher Maßnahmen	95
3.	Kosten	96
B.	Anmeldung und Kooperation.	96
I.	Die Anmeldung/Anzeige der Versammlung.	96
1.	Anzeigepflicht und Versammlungsfreiheit	96
2.	Die Anmeldung/Anzeige und ihre Wirkung.	102
a)	Der Anzeigepflichtige	102
b)	Frist und Form der Anzeige	104
c)	Wirkung der Versammlungsanzeige.	106
3.	Pflichtangaben bei der Anzeige	109
4.	Verlangen ergänzender Angaben	112
5.	Behördliche Pflichten	116
a)	Kommunikation mit dem Veranstalter/Leiter der Versammlung	116
b)	Versammlungsbehörde und andere Behörden sowie Dritte	118
6.	Besonderheiten bei Eilversammlungen	122
7.	Folgen unterbliebener, unrichtiger oder verspäteter Anzeige.	123
a)	Nicht angemeldete Versammlungen	123
b)	Anmeldung mit unrichtigen oder unvollständigen Angaben	123
c)	Ver spätete Anmeldung.	125
8.	Die Spontanversammlung als Versammlung ohne Anzeigepflicht	125
9.	Der Umgang mit Scheinanmeldungen	127
II.	Die Kooperation	129
1.	Grundidee.	129
2.	Beteiligte der Kooperation.	130
3.	Die Kooperationspflicht der Behörden	131
a)	Inhalt und Ausprägungen der Kooperationspflicht	131

Inhaltsverzeichnis

	b)	Der Ablauf der Kooperation.	132
	c)	Folgen unzureichender behördlicher Kooperation.	136
	4.	Die Kooperationsobliegenheit der an der Versammlung Beteiligten	136
	a)	Inhalt und Ausprägungen der Kooperationsobliegenheit.	136
	b)	Mögliche Auswirkungen eines mehr oder weniger kooperativen Verhaltens	138
C.		Verbotenes Verhalten.	139
	I.	Grundlagen	139
		1. Die Konfliktlage als versammlungstypisches Problem	139
		2. Der – abgesehen von den versammlungsgesetzlichen Verboten – bestehende rechtliche Rahmen für die Vermeidung und Bewältigung von schweren Konflikten	139
		3. Der Grund-Ansatz der versammlungsgesetzlichen Verbote.	140
		4. Systematik der Verbote	141
		5. Rechtsnatur und Wirkung der Verbotsnormen	142
	II.	Das Störungsverbot als primär dem Schutz der Versammlung dienendes Verbot	143
		1. Das Verbot von Verhinderungsstörungen.	143
		a) Grundlagen und Ziel des Verbots	143
		b) Adressaten des Verbots.	144
		c) Inhalt des Verbots.	144
		d) Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	149
		2. Sonstige Störungen und Behinderungen	151
	III.	Verbote zum Schutz Außenstehender und der Versammlung.	152
		1. Das Waffenverbot.	152
		a) Grundlagen und Ziel des Verbots	152
		b) Geltungsbereich und Adressaten des Verbots	152
		c) Inhalt des Verbots.	153
		d) Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten	156
		e) Veranstalter- und Leiterpflichten.	157
		f) Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	157
		2. Das Gewalttätigkeits-Verbot	159
		a) Grundlagen und Ziel des Verbots	159
		b) Geltungsbereich und Adressaten des Verbots	159
		c) Inhalt des Verbots.	159
		d) Veranstalter- und Leiterpflichten.	160
		e) Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	160

Inhaltsverzeichnis

3.	Das Militanz-/Uniformverbot	160
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	160
b)	Geltungsbereich und Adressaten des Verbots . .	161
c)	Inhalt des Verbots	162
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten . . .	165
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	166
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	166
4.	Das Vermummungsverbot	167
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	167
b)	Adressaten und Geltungsbereich des Verbots . .	168
c)	Inhalt des Verbots	170
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten . . .	174
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	176
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	176
5.	Das Verbot von Schutzausrüstung.	178
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots	178
b)	Adressaten und Geltungsbereich des Verbots . .	178
c)	Inhalt des Verbots	179
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten . . .	180
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	181
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot.	181
D.	Beobachtung von Versammlungen	181
I.	Verfassungsrechtliche Überlegungen.	181
1.	Die Problematik.	181
2.	Der Grundrechtsschutz	181
a)	Selbstdarstellung und Recht auf Informatio- nelle Selbstbestimmung.	181
b)	Die Versammlungsfreiheit	183
c)	Intensität des Eingriffs.	186
II.	Die Anwesenheit der Polizei und Versammlungsbehörde bei Versammlungen.	187
1.	Geltungsbereich des Bundes-Versammlungsgesetzes .	187
a)	Polizeiliche Anwesenheit auf versammlungsgesetzlicher Grundlage	187
b)	Polizeiliche Anwesenheit nach der StPO	190
2.	Niedersachsen, Berlin und Schleswig-Holstein	191
3.	Bayern	193
4.	Sachsen.	195
5.	Sachsen-Anhalt	196
III.	Bild- und Tonaufnahmen	196
1.	Überblick	196
2.	Geltungsbereich des Versammlungsgesetzes des Bundes sowie Sachsen-Anhalt	197
a)	Grundlagen	197

Inhaltsverzeichnis

	b)	Übersichtsaufnahmen	197
	c)	Übersichtsaufzeichnungen	200
	d)	Individualaufzeichnungen und -aufnahmen . . .	201
	3.	Bayern, Niedersachsen, Sachsen, Berlin und Schleswig-Holstein	201
	a)	Grundlagen	201
	b)	Versammlungen unter freiem Himmel	202
	c)	Versammlungen in geschlossenen Räumen. . . .	205
	IV.	Die Überwachung von Versammlungs-vorbereitender Kommunikation	206
E.		Behördliches Einschreiten bei Versammlungen.	207
	I.	Maßnahmen gegen Versammlungen unter freiem Himmel bzw. deren Repräsentanten.	207
		1. Überblick über mögliche Maßnahmen	207
		2. Eingriffsbefugnisse bei nicht-öffentlichen Versammlungen	209
		3. Die unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit (oder Ordnung) als Regel-Voraussetzung.	210
		a) Gesetzliche Vorgaben	210
		b) Begriff und Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit	210
		c) Die Individualrechtsgüter.	211
		d) Die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung.	213
		e) Die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs.	214
		f) Bestand und Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen und Veranstaltungen	214
		g) Die öffentliche Ordnung	221
		h) Die Unmittelbarkeit der Gefahr	226
		i) Die auf die unmittelbare Gefahr bezogene Gefahrenprognose.	230
		4. Sonderregelungen gegen nationalsozialistische oder kommunistische Versammlungen.	233
		a) Überblick.	233
		b) Normzweck und Regelungssystematik.	234
		c) Die einzelnen Voraussetzungen bei Anknüpfung an bestimmte Orte oder Tage	235
		d) Zusätzliche Einschränkungsmöglichkeiten und Besonderheiten in einzelnen Bundesländern. . .	240
		e) Rechtsfolgen	246
		5. Polizeilicher Notstand und andere denkbare Gründe für Maßnahmen gegen eine nicht-unmittelbar gefahrverursachende Versammlung	246
		a) Grundsatz: Störer als Maßnahmenadressat	246

b)	Der (echte) polizeiliche Notstand	247
c)	Der „unechte polizeiliche Notstand“	251
d)	Die Versammlung als Zweckveranlasser	253
6.	Das Versammlungsverbot	255
a)	Das Versammlungsverbot im System des behördlichen Einschreitens gegen Versammlungen	255
b)	Erste Grundvoraussetzung: Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung	257
c)	Zweite Grundvoraussetzung: Unmittelbarkeit der Gefahr	257
d)	Die Verhältnismäßigkeit.	258
e)	Verbotsgründe in der Praxis	262
f)	Die Verbotsverfügung	274
g)	Rechtsfolgen	278
7.	Die Auflösung einer Versammlung.	279
a)	Begriff und Rechtsnatur der Versammlungsauflösung.	279
b)	Zuständigkeit.	280
c)	Adressat, Verfahren, Form und Inhalt der Auflösungsverfügung	280
d)	Auflösung nach Ermessen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung	282
e)	Auflösung einer verbotenen Versammlung.	284
f)	Auflösungsgründe in der Praxis	285
g)	Rechtsfolgen der Auflösung.	286
h)	Teilauflösung und Minusmaßnahmen?.	288
i)	Auflösung nach allgemeinem Polizeirecht	289
8.	Beschränkende Verfügungen („Auflagen“)	289
a)	Systematische Einordnung und Voraussetzungen	289
b)	„Auflagen“ in der Praxis	291
c)	Die beschränkende Verfügung	313
d)	Rechtsfolgen der beschränkenden Verfügung	316
9.	Die Ablehnung des Leiters oder einzelner Ordner	317
a)	Die Entscheidung über Leiter und Ordner.	317
b)	Die Ablehnung des Leiters.	318
c)	Die Nichtbestätigung bzw. Ablehnung einzelner Ordner.	322
10.	„Minusmaßnahmen“.	324
a)	Die Grundidee der Minusmaßnahme	324
b)	Der Referenzfall: Die beschränkende Verfügung („Auflage“) nach Versammlungsbeginn	324

Inhaltsverzeichnis

	c) Sonstige Minusmaßnahmen-Konstellationen. . .	326
11.	Realakte, einschließende Begleitung und „Kesselbildung“	327
12.	Bannkreisgesetze	331
	a) Zielrichtung und Inhalt der Gesetze über befriedete Bezirke.	331
	b) Ausnahmen vom Verbot	333
	c) Rechtsfolgen von Verstößen gegen die Bannmeilenregelung.	335
	d) Der befriedete Bezirk um das Abgeordnetenhaus in Berlin.	335
II.	Maßnahmen gegen einzelne Teilnehmer bei Versammlungen unter freiem Himmel.	336
	1. Maßnahmen vor Beginn der Versammlung	336
	a) Gefährderanschreiben/-ansprache	336
	b) Teilnahmeuntersagung und Aufenthaltverbot . .	338
	c) Meldeauflage	341
	d) Vorkontrollen.	343
	e) Sicherstellung von Gegenständen	345
	2. Behördliches Einschreiten während der Versammlung.	345
	a) Ausschluss aus der Versammlung und Folgemaßnahmen.	345
	b) Identitätsfeststellung und Durchsuchung	347
	c) Sicherstellung von Gegenständen	348
	d) Minus- und sonstige Maßnahmen	348
III.	Maßnahmen bei Versammlungen in geschlossenen Räumen	349
	1. Regelung, praktische Bedeutung und verfassungsrechtliche Vorgaben	349
	2. Versammlungsverbot	350
	a) Voraussetzungen eines Verbots im Geltungsbereich des VersG des Bundes sowie des Bay-VersG, SächsVersG und VersammlG LSA	350
	b) Voraussetzungen eines Versammlungsverbots in Niedersachsen	353
	c) Voraussetzungen eines Versammlungsverbots in Berlin und in Schleswig-Holstein	353
	d) Verfahren und Rechtsfolgen beim Versammlungsverbot.	354
	3. Auflösung der Versammlung	354
	4. Beschränkende Verfügungen („Auflagen“)	355
	5. Maßnahmen gegen einzelne Teilnehmer	356
	6. Vorgehen nach anderen als den versammlungsgesetzlichen Normen	356
IV.	Umgang mit Gegendemonstranten und Störern	358

3. Teil	Verwaltungs- und verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz . . .	362
A.	Widerspruchsverfahren	363
B.	Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten	364
I.	Einstweiliger Rechtsschutz	364
1.	Aussetzung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 VwGO	364
a)	Zulässigkeit	364
b)	Begründetheit.	368
2.	Einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO.	370
a)	Statthaftigkeit.	370
b)	Vorbeugender Rechtsschutz	371
c)	Glaubhaftmachung	372
d)	Vorwegnahme der Hauptsache	373
3.	Rechtsmittel und Streitwert.	373
II.	Rechtsschutz im Klageverfahren	374
1.	Fortsetzungsfeststellungsklage	374
a)	Zulässigkeit	374
b)	Begründetheit.	377
2.	Feststellungsklage.	377
3.	Vorbeugende Unterlassungsklage	378
4.	Rechtsmittel	379
a)	Antrag auf Zulassung der Berufung und Berufung	379
b)	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision und Revision.	379
c)	Vertretungszwang	380
C.	Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht.	380
I.	Verfassungsbeschwerde.	381
1.	Annahmeverfahren.	381
2.	Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	382
a)	Beschwerdefähigkeit	382
b)	Beschwerdegegenstand.	382
c)	Beschwerdebefugnis	384
d)	Anforderungen an die Begründung der Verfassungsbeschwerde.	385
e)	Rechtswegerschöpfung und Grundsatz der Subsidiarität	386
f)	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis.	388
g)	Frist und Form.	389
3.	Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	389
4.	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und ihre Wirkungen.	391
II.	Der einstweilige Rechtsschutz	393
1.	Zulässigkeit des Antrags	393

Inhaltsverzeichnis

	2. Begründetheit des Antrags.	394
	3. Entscheidungsaussprüche und -wirkungen.	399
D.	Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz vor den Landesverfassungsgerichten	401
4. Teil	Zivilrecht	403
A.	Rechtsbeziehungen zwischen den Versammlungsbeteiligten. . .	403
I.	Einführung.	403
	1. Die zivilrechtliche Seite des Versammlungsrechts im Kontext von Assoziationsrecht und Vereinsrecht. . .	403
	2. Der Rechtscharakter der Versammlung	404
	3. Die Beteiligten im Überblick.	404
	4. Entsprechende Anwendung zivilrechtlicher versammlungsgesetzlicher Vorschriften auf Zusammenkünfte außerhalb des Schutzbereichs von Art. 8 GG	404
II.	Das Zustandekommen einer Versammlung.	405
	1. Die Initiative des Veranstalters	405
	2. Die Einsetzung des Versammlungsleiters durch den Veranstalter	407
	a) Leiterpflicht und Versammlungsleiter	407
	b) Die Entscheidung über die Person des Versammlungsleiters	408
	3. Das Zusammenkommen der Teilnehmer.	410
	4. Die Eröffnung der Versammlung durch den Leiter. . .	411
III.	Die Rechte und Pflichten der Versammlungsbeteiligten während der laufenden Versammlung	411
	1. Die Rechte und Pflichten des Veranstalters	411
	2. Die Rechte und Pflichten des Leiters und der Ordner	412
	a) Der Versammlungsleiter.	412
	b) Die Ordner	417
	3. Die Rechte und Pflichten der Teilnehmer	419
B.	Rechtsbeziehungen zu Außenstehenden	422
I.	Vermieter und Eigentümer der Versammlungs-Örtlichkeit	422
	1. Nutzung von Versammlungsräumen bzw. -flächen mit (ursprünglichem) Einverständnis des Berechtigten	422
	a) Varianten der Überlassung von Räumen bzw. Flächen an eine Versammlung	422
	b) Insbesondere: Mietvertrag	422
	2. Nutzung von Versammlungsräumen bzw. -flächen gegen den Willen des Berechtigten.	433
	a) Die Regel-Konstellation des privaten Hausrechts	433

Inhaltsverzeichnis

	b)	Im Eigentum der öffentlichen Hand stehende öffentliche Kommunikationsflächen als Ausnahmefall	435	
	c)	Im Eigentum Privater stehende öffentliche Kommunikationsflächen als weiterer Ausnahmefall?	437	
	d)	Öffentlich-rechtliches Hausrecht	438	
II.		Von der Versammlung betroffene Personen.	439	
	1.	Problemstellung.	439	
	2.	Unterlassungsansprüche	440	
		a) Anspruchsgrundlagen	440	
		b) Duldungspflicht und Rechtswidrigkeit	441	
		c) Anspruchsverpflichtete	443	
	3.	Schadensersatzansprüche.	443	
III.		Unerwünschte Personen und Störer.	445	
	1.	Das Fernhalten unerwünschter Personen.	445	
		a) Nicht-öffentliche Versammlungen im geschlossenen Raum	445	
		b) Öffentliche Versammlungen im geschlossenen Raum mit differenzierter Einladung	445	
		c) Öffentliche Versammlungen: Allgemeine Regeln	447	
	2.	Der Umgang mit Störern	449	
		a) Versammlungen unter freiem Himmel	449	
		b) Versammlungen im geschlossenen Raum.	450	
IV.		Der Problemkreis Filmen/Fotografieren/Berichterstattung.	450	
	1.	Nicht zur Presse gehörende Personen	450	
	2.	Presse	455	
		a) Das Anwesenheitsrecht der Presse	455	
		b) Die Erstellung und Verbreitung von Foto-/Film- aufnahmen.	457	
		c) Die Berichterstattung	457	
5. Teil		Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	459	
A.		Straftaten.	460	
	I.	Straftaten nach dem Versammlungsgesetz (VersG)	461	
		1. Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen.	461	
			a) Störung von Versammlungen und Aufzüge (§ 21 VersG)	461
			b) Widerstand gegen Versammlungsleitung und Ordner (§ 22 VersG)	463
		2. Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	465	
			a) Aufforderung zur Teilnahme an verbotenen Versammlungen (§ 23 VersG)	465

Inhaltsverzeichnis

	b)	Abweichen von der Anmeldung/Nichtbefolgen von Auflagen (§ 25 VersG)	466
	c)	Durchführung verbotener oder nicht angemeldeter Veranstaltungen (§ 26 VersG)	468
3.		Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten. . .	471
	a)	Bewaffnungsverbot (§ 27 Abs. 1 VersG)	471
	b)	Verwendung bewaffneter Ordner (§ 24 VersG) . .	473
	c)	Schutzwaffenverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 1 VersG) . .	474
	d)	Vermummungsverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 2 VersG)	475
	e)	Zusammenrottungsverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 3 VersG)	477
	f)	Unerlaubtes Tragen von Uniformen und politischen Kennzeichen (§ 28 VersG)	478
II.		Straftaten nach den Versammlungsgesetzen der Länder . .	480
	1.	Bayern (BayVersG)	480
		a) Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	481
		b) Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	481
		c) Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	481
	2.	Niedersachsen (NVersG)	482
		a) Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	482
		b) Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	482
		c) Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	483
	3.	Sachsen (SächsVersG)	483
		a) Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	483
		b) Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	483
		c) Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	484
	4.	Sachsen-Anhalt (VersammlG LSA)	484
		a) Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	484
		b) Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	484
		c) Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	484
	5.	Schleswig-Holstein (VersFG SH).	484
		a) Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	484

b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	485
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenen Verhalten	485
6.	Berlin (VersFG BE)	485
III.	Versammlungstypische Straftaten nach dem StGB	486
1.	Äußerungsdelikte	486
a)	Straftaten gegen die Ehre	486
b)	Staatsgefährdende Äußerungsdelikte	490
c)	Aufforderung, Anleitung, Androhung, Belohnung und Billigung von Straftaten	492
d)	Volksverhetzung	495
e)	Straftaten, welche sich auf Religion und Weltanschauung beziehen	496
f)	Bedrohung	496
2.	Gewaltdelikte	497
a)	Nötigung	497
b)	Widerstand und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	501
c)	Landfriedensbruch	505
d)	Hausfriedensbruch	510
e)	Gefangenenbefreiung	510
f)	Körperverletzungsdelikte	511
g)	Sachbeschädigungsdelikte	512
h)	Gemeingefährliche Straftaten	512
IV.	Weitere versammlungstypische Straftaten nach strafrechtlichen Nebengesetzen	512
1.	Straftaten nach dem Vereinsgesetz (VereinsG)	512
2.	Straftaten nach dem Kunsturhebergesetz (KunstUrhG)	513
3.	Straftaten nach dem Waffengesetz (WaffG) und Sprengstoffgesetz (SprengG)	515
4.	Straftaten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	516
B.	Ordnungswidrigkeiten	516
I.	Ordnungswidrigkeiten nach dem VersG	517
II.	Ordnungswidrigkeiten nach den Versammlungsgesetzen der Länder	519
1.	Bayern (BayVersG)	519
2.	Niedersachsen (NVersG)	521
3.	Sachsen (SächsVersG)	524
4.	Sachsen-Anhalt (VersammlG LSA)	524
5.	Schleswig-Holstein (VersFG SH)	524
6.	Berlin (VersFG BE)	525
III.	Weitere versammlungstypische Ordnungswidrigkeiten	526

Inhaltsverzeichnis

1.	Versammlungstypische Ordnungswidrigkeiten nach dem OWiG	526
2.	Unerlaubte Versammlungen in den befriedeten Bezirken des Bundes	528
3.	Straßenverkehrsrechtliche Ordnungswidrigkeiten.	528
4.	Blockade von Bahngleisen	529
5.	Unbefugtes Plakatieren.	529
6.	Schulpflichtverletzungen	530
7.	Ordnungswidrigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	530
C.	Versammlungstypische prozessuale Fragen.	531
I.	Im Ermittlungsverfahren	531
1.	Einzelne polizeiliche Ermittlungshandlungen	532
a)	Polizeiliche Bild- und Tonaufnahmen	533
b)	Durchsuchung und Beschlagnahme	534
c)	Maßnahmen zur Identitätsfeststellung.	536
d)	Veröffentlichung von Abbildungen zur Fahndung	537
e)	Festnahme und Haft von Tatverdächtigen	538
f)	Festnahme und Festhalten von Störern	538
2.	Gewährung des Zugangs zu einem Rechtsanwalt.	539
II.	Im gerichtlichen Verfahren.	540
1.	Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten	541
2.	Fragen zur Beweisaufnahme	542
a)	Polizeibeamte als Zeugen	543
b)	Bild- und Tonaufnahmen als Augenscheinobjekte.	545
3.	Störung der Verhandlung, Kundgebungen vor dem Gericht und im Gerichtssaal	546
4.	Gerichtliche Sanktionierung.	547
5.	Einziehung.	548
	Stichwortverzeichnis	549

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des Öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BaWü	Baden-Württemberg
BayVersG	Bayerisches Versammlungsgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BT-DrS	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BverfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe bzw. dieselben
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUGRCh	Grundrechte-Charta der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
f	folgende
ff	folgende (im Sinne von mehreren folgenden)

Abkürzungsverzeichnis

Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FStrG	Fernstraßen gesetz
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GO	Gemeindeordnung
GO	Geschäftsordnung
GRC	Grundrechtecharta
GSZ	Zeitschrift für das gesamte Sicherheitsrecht
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
h. M.	herrschende Meinung
HGR	Handbuch der Grundrechte
HSOG	Hessisches Sicherheits- und Ordnungsgesetz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
i. g. R.	in geschlossenen Räumen
IfSG	Infektionsschutzgesetz
IPBürgR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
LG	Landgericht
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LSA	Land Sachsen-Anhalt
LT-DrS	Landtags-Drucksache
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MMR	Multimedia und Recht
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NFeiertagsG	Niedersächsisches Feiertagsgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
NPOG	Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVersG	Niedersächsisches Versammlungsgesetz
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungsreport
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Abkürzungsverzeichnis

PAG	Polizeiaufgabengesetz
PolG	Polizeigesetz
POR	Polizei- und Ordnungsrecht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RuP	Recht und Politik
s.	siehe
S.	Satz bzw. Seite
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SächsVersG	Sächsisches Versammlungsgesetz
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	strittig
StV	Der Strafverteidiger
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
ThürVBl.	Thüringische Verwaltungsblätter
u. a.	unter anderem
u.f.H.	unter freiem Himmel
Urt.	Urteil
v.	vom
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VereinsG	Vereinsgesetz
VersFG BE	Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin
VersFG SH	Versammlungsfreiheitsgesetz Schleswig-Holstein
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VersG	Versammlungsgesetz
VersR	Versamlungsrecht bzw. Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VR	Verwaltungsgrundschau
VO	Verordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WaffG	Waffengesetz
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
z. B.	zum Beispiel
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
zust.	zustimmend

Literaturverzeichnis

- Achterberg*, Parlamentsrecht, 1984
Alberts, Zum Spannungsverhältnis zwischen Art. 8 GG und dem Versammlungsgesetz, NVwZ 1992, 38
Alexy, Theorie der Grundrechte, 1985
Amelung, Grundfragen der Verwertungsverbote bei beweisichernden Haussuchungen im Strafverfahren, NJW 1991, 2533
Armbrüster/Schreier, Haftungs- und Versicherungsfragen bei Sachschäden durch gewalttätige Ausschreitungen, VersR 2017, 1173
Arndt/Droegge, Versammlungsfreiheit versus Sonn- und Feiertagsschutz, NVwZ 2003, 906
Artkämper, Die „gestörte“ Hauptverhandlung, 5. Aufl. 2017
Arzt, Das Bayerische Versammlungsgesetz von 2008, DÖV 2009, 381
Askaryar, Das Bayerische Versammlungsgesetz – Überblick über wesentliche Änderungen gegenüber dem Bundesversammlungsgesetz, KommJur 2009, 126
Augsberg, Der grundrechtliche Schutz individueller Empfindung im Sicherheitsrecht, GSZ 2018, 169
Aulehner, Polizeiliche Gefahren- und Informationsvorsorge, 1998
Badura, Die Legitimation des Verfassungsschutzes, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Verfassungsschutz in der Demokratie, 1990, S. 27
Bamberger/Roth/Hau/Poseck, BGB, 4. Aufl. 2019
Barczak, Polizeiliche Vorfeldmaßnahmen gegen Fußballhooligans und gewaltbereite Ultra-Gruppierungen, Jura 2014, 888
Barthel, Grabnutzungsrechte und sonstige Nutzungsrechte an Friedhöfen, GewArch Beilage WiVers Nr. 01/2016, 22
Bartsch, Rechtsvergleichende Betrachtung präventiv-polizeilicher Videoüberwachung in Deutschland und in den USA, 2004
Battis/Grigoleit, Neue Herausforderungen für das Versammlungsrecht?, NVwZ 2001, 121
Baudewin, Öffentliche Ordnung im Versammlungsrecht, 3. Aufl. 2020
Baumann, Die öffentliche Ordnung im Polizei- und Ordnungsrecht, DVP 2008, 450
Beaucamp, Das Hausrecht von Behörden als Rechtsproblem, JA 2003, 231
Becker, Schwierigkeiten mit dem Arbeitgeber – der Fußballhooligan und die Gefährderansprache, DVP 2019, 98 und 137
Beckermann, Verantwortlichkeitsnormen als „Allgemeines Ordnungsrecht“, DÖV 2020, 144
Behnenburg, Polizeiliche Maßnahmen bei der Anfahrt zu Versammlung, LKV 2003, 500
Beltle, Die Vereinbarkeit feiertagsrechtlicher Versammlungsverbote mit dem Grundgesetz, 2009
Benda/Klein/Klein, Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl. 2012
Bender/Nack/Treuer, Tatsachenfeststellung vor Gericht, 4. Aufl. 2014
Benfer, Anwendung unmittelbaren Zwangs zur Durchsetzung strafprozessualer Rechtseingriffe, NJW 2002, 2688
Benrath, Probleme mit Problemfans – Fallstricke bei Aufenthaltsverboten und Meldeauflagen, DVBl 2017, 868
Berliner Kommentar zum Grundgesetz, Stand 2020
Bernhardt, Die „einschließende Absperrung“ bei Demonstrationen, Die Polizei 2016, 65
Bernhardt, Hamburg und die Sicherheitsgewährleistung beim G20-Gipfel, Die Polizei 2019, 1
Berning, Zur Polizeifestigkeit des Versammlungsgesetzes, Kriminalistik 2004, 279
Böhm/Mayer, Polizeiliche Aufenthaltsverbote für Fußballfans, DÖV 2017, 325
Bolewski, Staatsbesuche und Demonstrationsrecht, DVBl 2007, 789

- Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Stand 2020
Brandt/Domgörgen, Handbuch Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess, 4. Aufl. 2018
- Brenneisen*, Der exekutive Handlungsrahmen im Schutzbereich des Art. 8 GG, DÖV 2000, 275
- Brenneisen/Sievers*, Hat das BayVersG Modellcharakter? – Die Entwicklung des Versammlungsrechts in den Bundesländern nach der Föderalismusreform I, Die Polizei 2009, 71
- Brenneisen/Staack*, Flashmobs und Smartmobs im Lichte der Versammlungsfreiheit, Polizeipiegel 2012, 19
- Brenneisen/Wilksen/Staack/Petersen/Martins*, Die Versammlungsfreiheit im Lichte der aktuellen Rechtsprechung, Die Polizei 2012, 89 und 121
- Brenneisen/Staack*, Zur Zulässigkeit freiheitsentziehender Maßnahmen im Schutzbereich des Art. 8 GG, DVP 2013, 426
- Brenneisen/Merk*, Anwesenheitsrecht und Legitimationspflicht von Polizeikräften bei öffentlichen Versammlungen, DVBl 2014, 901
- Brenneisen/Martins*, Entkriminalisierung des Versammlungsgeschehens am Beispiel des Schutzausrüstungs- und Vermummungsverbots, Kriminalistik 2015, 318
- Brenneisen/Wilksen/Staack/Martins*, Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein, Hilden 2016
- Brenneisen/Arndt*, Versammlungen auf privaten Flächen im Lichte der aktuellen Rechtsprechung, in: Staack/Brenneisen, Problemstellungen des Versammlungsrechts, 2016, 150
- Brenneisen/Staack*, Einschließung von Störerguppen, Kriminalistik 2017, 91
- Brenneisen*, Zwischenbilanz: Das Versammlungsrecht im Lichte der Föderalismusreform I, Die Polizei 2017, 221
- Brenneisen*, Unmittelbarer Zwang im Versammlungsgeschehen – Möglichkeiten und Grenzen, Die Polizei 2018, 97
- Brenneisen*, Versammlungsrechtliche Waffenverbote: Betrachtung im Lichte der verfassten Gestaltungs- und Typenfreiheit, Kriminalistik 2018, 34
- Brenneisen/Martins*, Versammlungen unter freiem Himmel: Anzeige-, Anmelde- oder Erlaubnispflicht?, Die Polizei 2018, 330
- Brenneisen/Staack*, Übersichtsaufnahmen nach dem Kamera-Monitor-Prinzip im Schutzbereich des Art. 8 GG, DPolBl 2020, 10
- Brenneisen/Staack/Dähling*, Präventive Eingriffsmaßnahmen im Schutzbereich der Versammlungsfreiheit, Die Polizei 2020, 252
- Brenneisen/Wilksen/Staack/Martins*, Versammlungsrecht, 5. Aufl. 2020
- Broscheit/Schulz*, Feiertags(-schutz)kritik an Feiertagen – Ein zu heißer Tanz?, DÖV 2016, 511
- Brüning*, Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in der „Streitbaren Demokratie“, Der Staat 2002, 213
- Brüning*, Von öffentlichen Zwecken und privaten Rechten, DÖV 2003, 389.
- Bücken-Thielmeyer*, Das neue Versammlungsgesetz Sachsen-Anhalts, LKV 2010, 107
- Bühning*, Demonstrationsfreiheit für Rechtsextremisten, München 2004
- Büllesfeld*, Polizeiliche Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze zur Kriminalitätsvorsorge, 2002
- Burfeind*, Polizeiliche Maßnahmen gegen gewalttätige Demonstranten, 1993
- Burkiczak/Dollinger/Schorkopf*, Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Heidelberg 2015
- Burgi*, Kommunalrecht, 6. Aufl. 2019
- Burbhoff*, Vereinsrecht 10. Aufl. 2018
- Butzer*, Flucht in die polizeiliche Generalklausel, VerwArch 2002, 506
- von Coelln*, Anwendung von Bundesrecht nach Maßgabe der Landesgrundrechte?, 2001
- von Coelln*, Die eingeschränkte Polizeifestigkeit nichtöffentlicher Versammlungen, NVwZ 2001, 1234
- von Coelln*, Übungsklausur – Öffentliches Recht: Die Verfassungsmäßigkeit der Ausbildungsplatzabgabe – Der aufgedrängte i, Azubi, JuS 2009, 335

Literaturverzeichnis

- Cremer*, Freiheitsgrundrechte, 2003
- Dausend/Gulden*, Gefahr für das Persönlichkeitsrecht durch mediale Hetzjagd? Rechtliche Einordnung von privaten Fahndungsaufrufen in den (sozialen) Medien, MMR 2017, 723
- Degenhart/Haack*, Rechtsfragen einer Videoüberwachung in Hochschulen des Freistaates Sachsen, SächsVBl. 2007, 1
- Deger*, Schutzbereich und Eingriff in Art. 8 GG im Vorfeld einer Versammlung, Die Polizei 2016, 163
- Deger*, Die Rechtslage bei Uniformierung und Vermummung von Demonstranten, Die Polizei 2018, 204
- Detterbeck*, Anmerkung zu BVerwG, Beschluss vom 3.5.2019 – 6 B 149/18, NVwZ 2019, 1282
- Dieterl*, Der opponierende Versammlungsteilnehmer als Beteiligter im Verwaltungsverfahren der Versammlungsbehörde, Die Polizei 2004, 189
- Dieterl/Gintzel/Kniessel*, Versammlungsgesetze, 18. Aufl. 2019
- Dietrich*, Der Schutz der Verfassungsorgane des Bundes im Versammlungsrecht, DÖV 2010, 683
- Di Fabio*, Vorläufiger Verwaltungsakt bei ungewissem Sachverhalt, DÖV 1991, 629
- Dimski*, Wer haftet für Tumultschäden?, VersR 1999, 804
- Dörr*, Keine Versammlungsfreiheit für Neonazis? Extremistische Demonstrationen als Herausforderung für das geltende Versammlungsrecht, VerwArch 2002, 485
- Dolderer*, Verfassungsfragen der „Sicherheit durch Null-Toleranz“, NVwZ 2001, 130
- Dreier*, Der freiheitliche Verfassungsstaat als riskante Ordnung, RW 2010, 11
- Dreier*, Grundgesetz, Kommentar, 3. Aufl. 2013
- Dreier/Schulze*, Urheberrechtsgesetz, 6. Aufl. 2018
- Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch*, Urheberrechtsgesetz, 4. Aufl. 2018
- Droste*, Handbuch des Verfassungsschutzrechts, 2007
- Dürig-Friedl/Enders*, Versammlungsrecht, 2016
- Dutige*, Recht auf Datenschutz?, Der Staat 1997, 281
- Ebeling*, Die organisierte Versammlung, 2017
- Ebert*, Versammlungsrechtliche Schein- und Mehrfachanmeldungen, LKV 2001, 60
- Ebert*, Darlegungslasten der Versammlungsbehörde mit Blick auf verwaltungsgerichtliche Eilverfahren, ThürVBl. 2007, 25 und 49
- Ebert*, Doof, der Armeeclovn, Die Polizei 2009, 37
- Ebert*, Grußformen, Gesten und Parolen in der polizeilichen Praxis, Die Polizei 2019, 301
- Eder*, „Rote Karte“ gegen Spinner?, 2017
- Ehlers*, Rechtsprobleme der Nutzung öffentlicher Einrichtungen – Teil 2, Jura 2012, 849
- Ehrenberg/Frohne*, Doppelfunktionale Maßnahmen der Vollzugspolizei, Kriminalistik 2003, 737
- Ehrentraut*, Die Versammlungsfreiheit im amerikanischen und deutschen Verfassungsrecht, 1990
- Elzermann*, Sächsisches Versammlungsgesetz, 2016
- Elzermann*, Das Schutzwaffen- und Vermummungsverbot nach § 17 des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge im Freistaat Sachsen (SächsVersG), VR 2016, 79
- Emmerich*, Aufklärungspflichten des Mieters, NJW 2011, 2321
- Enders*, Bürgerrecht auf Ungehorsam?, Der Staat 1986, 351
- Enders*, Anmerkung zu BVerfG, Beschl. v. 26.1.2001 – 1 BvQ 9/01, JZ 2001, 651
- Enders*, Der Schutz der Versammlungsfreiheit, Jura 2003, 34 und 103
- Enders*, Keine Freiheit den Feinden der Freiheit?, in: Meier, Horst/Dyckmans, Fritz, Rechtsradikale unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit, Hofgeismar 2010, S. 67
- Enders*, Schutz der Persönlichkeit und der Privatsphäre, in: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen, Handbuch der Grundrechte, Bd. IV, Heidelberg 2011, § 89
- Enders/Hoffmann-Riem/Kniessel/Poscher/Schulze-Fielitz*, Musterentwurf eines Versammlungsgesetzes, 2011

- Enders*, Grenzen von Agitation und Kritik im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat des Grundgesetzes, SächsVBl. 2020, 174
- Epping/Hillgruber*, Grundgesetz, Kommentar, 3. Aufl. 2020
- Epping/Hillgruber*, BeckOK GG, 44. Edition 2020
- Erbel*, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, DVBl 2001, 1714
- Erbguth/Guckelberger*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 10. Aufl. 2020
- Erbguth/Mann/Schubert*, Besonderes Verwaltungsrecht, 13. Aufl. 2020
- Erbs/Kohlhaas*, Strafrechtliche Nebengesetze, Loseblatt, Stand 229. Ergänzungslieferung März 2020
- Erman*, BGB, 15. Aufl. 2017
- Ernst*, Die Wahrnehmung des öffentlichen Hausrechts durch private Sicherheitsdienste, NVwZ 2015, 333
- Ernst*, Der öffentliche Raum und seine Bedeutung für das demokratische Gemeinwesen, in: Festschrift für Edzard Schmidt-Jortzig, Heidelberg 2011, S. 79
- Eyermann*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 15. Aufl. 2019
- Fahrner*, Aktuelle Rechtsprechung zum Staatsschutzstrafrecht – Teil 2, GSZ 2019, 29
- Fechner*, „Öffentliche Ordnung“ – Renaissance eines Begriffs?, JuS 2003, 734
- Fehling/Kastner/Störmer*, Verwaltungsrecht, Handkommentar, 4. Aufl. 2016
- Fenger*, Der Bahnhof als öffentliches Forum, 2018
- Fischer*, Strafgesetzbuch, Kommentar, 67. Aufl. 2020
- Fohrbeck*, Wunsiedel: Billigung, Verherrlichung, Rechtfertigung, 2015
- Franzen*, Lehrkommentar zum Polizeiverwaltungsgesetz, 1932
- Frau*, Ortsrecht im Einkaufszentrum, LKV 2016, 445.
- Friedrich*, „Fridays for Future“ statt Freitag in der Schule: Unterrichtsbefreiung für Schülerstreik?, NVwZ 2019, 598
- Fritz*, Die Entwicklung des Gewerberaummietrechts im Jahre 2010, NJW 2011, 1048
- Führung*, Zu den Möglichkeiten der Verhinderung von Skinheadkonzerten, NVwZ 2001, 157
- Gardtitz*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 2. Aufl. 2018
- Gaßner*, Die Rechtsprechung zur Versammlungsfreiheit im internationalen Vergleich, 2012
- Geis*, Polizeiliche Handlungsspielräume im Vorbereich und Verlauf von außergewöhnlichen Demonstrationsslagen, Die Polizei 1993, 293
- Geis*, Kommunalrecht, 5. Aufl. 2020
- Gern/Brüning*, Deutsches Kommunalrecht, 4. Aufl. 2019
- Göhler*, Ordnungswidrigkeitengesetz, 17. Aufl. 2017
- Götting/Schertz/Seitz*, Handbuch Persönlichkeitsrecht, 2. Aufl. 2019
- Götz*, Versammlungsfreiheit und Versammlungsrecht im Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, DVBl 1985, 1347
- Götz*, Polizeiliche Bildaufnahmen von öffentlichen Versammlungen, NVwZ 1990, 112 ff
- Götz*, Polizeiliche Videoüberwachung des öffentlichen Raumes zum Zweck vorbeugender Bekämpfung der Kriminalität, in: Festschrift Hans-Ludwig Schreiber, 2003, S. 103 ff
- Götz*, Innere Sicherheit, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul, Handbuch des Staatsrechts, Bd. IV, 3. Aufl. Heidelberg 2006, § 85
- Götz*, Die öffentliche Ordnung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung, in: FS Sto-ber 2008, 195
- Goldhammer*, Zweistufentheorie, Kontrahierungszwang und das Problem der Sparkassen mit imagegefährdenden Kunden, DÖV 2013, 416
- Gornik*, Die Bindung der Betreiber öffentlicher Räume an die Kommunikationsgrundrechte, 2017
- Grabenwarter/Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention, 6. Aufl. 2016
- Graf*, Strafprozessordnung, Kommentar, 3. Aufl. 2018
- Graulich*, Anmerkung zu OVG Lüneburg, Urt. v. 26.4.2018 – 11 LC 288/16, GSZ 2018, 160
- Greve/Quast*, Gebührenerhebung versus Versammlungsfreiheit, NVwZ 2009, 500

Literaturverzeichnis

- Greve*, Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus im Spannungsfeld der Grundrechte, VR 2020, 181
- Grimm/Papier*, Nordrhein-Westfälisches Staats- und Verwaltungsrecht, 1986
- von der Groeben/Schwarze/Hatje*, Europäisches Unionsrecht, Band 1, 7. Aufl. 2015
- Gröpl/Leinenbach*, Examensschwerpunkte des Versammlungsrechts, JA 2018, 8
- Gröpl/Windthorst/von Coelln*, Studienkommentar Grundgesetz, 4. Aufl. 2020
- Güven*, Zur Reichweite des Vermummungsverbot – Ist Vermummung zum Schutz vor Gegendemonstranten strafbar?, NStZ 2012, 425
- Gusy*, Rechtsextreme Versammlungen als Herausforderung an die Rechtspolitik, JZ 2002, 105
- Gusy*, Der Gestaltungsauftrag der Bundesländer im Versammlungsrecht, RuP 2008, 66
- Gusy*, Polizei- und Ordnungsrecht, 10. Aufl. 2017
- Gusy*, Versammlungsrecht zwischen Herausforderung und Bewährung, NdsVBl. 2017, 257
- Haider*, Extremistische Demonstrationen als Herausforderung des Versammlungsrechts, 2003
- Halder*, Anmerkung zu VG Gelsenkirchen, Urt. v. 23.10.2018 – 14 K 3543/18, jurisPR-ITR 2/2019
- Hanschmann*, Demontage eines Grundrechts – Zur Verfassungswidrigkeit des Bayerischen Versammlungsgesetzes, DÖV 2009, 389
- Hansen-Dix*, Die Gefahr im Polizeirecht, im Ordnungsrecht und im Technischen Sicherheitsrecht, 1982
- Hartmann/Mann/Mehde*, Landesrecht Niedersachsen, 2. Aufl. 2018
- Hebeler*, Das polizeiliche Schutzgut der öffentlichen Ordnung, JA 2002, 521
- Hebeler*, Die Gefährderansprache, NVwZ 2011, 1364
- Hebeler*, Vollstreckung einer versammlungsrechtlichen Maßnahme auf der Grundlage des allgemeinen Polizeirechts, JA 2020, 239
- Hecker*, Verweigerung der Stadthallenbenutzung gegenüber der NPD, NVwZ 2018, 787
- Heidebach/Unger*, Das Bayerische Versammlungsgesetz – Vorbild für andere Länder oder Gefährdung der Versammlungsfreiheit unter Föderalisierungsdruck?, DVBl 2009, 283
- Heintz*, Anmerkung zu BVerfG, Beschl. v. 11.4.2018 – 1 BvR 3080/09, jM 2018, 474
- Hellgardt*, Wer hat Angst vor der unmittelbaren Drittwirkung?, JZ 2018, 901
- Hellhammer-Hauwig*, Neonazistische Versammlungen, 2005
- Henninger*, Observation im Versammlungsgeschehen, DÖV 1998, 713
- Henrichs*, Staatlicher Einsatz von Videotechnik, BayVBl. 2005, 289
- Hentschel/König/Dauer*, Straßenverkehrsrecht, 45. Auflage, 2019
- Herberger/Martinek/Rüßmann/Weth/Würdinger*, jurisPK-BGB, 8. Aufl. 2019
- Hermanns/Hömig*, Die Einschließung bei Versammlungen als Rechtsproblem, NdsVBl. 2002, 201
- Hettich*, Platzverweis und Ingewahrsamnahme nach Auflösung der Versammlung, DÖV 2011, 954
- Hettich*, Versammlungsrecht in der Praxis, 2. Aufl. 2018
- Hettich*, Neue Entwicklungen im Versammlungsrecht, VBIBW 2018, 485
- Hettich*, Bildaufnahmen von Versammlungen und Versammlungsteilnehmern, DÖV 2020, 558
- Heusch/Dickten*, Neue Rechtsprechung zum Kommunalrecht, NVwZ 2019, 1238
- Heusch*, Bundesrecht als Maßstab und Gegenstand landesverfassungsgerichtlicher Kontrolle, NWVBl. 2020, 177
- Hillgruber*, Die Meinungsfreiheit als Grundrecht der Demokratie, JZ 2016, 495
- Hillgruber*, Anmerkung zu BVerfG, Beschluss vom 27.10.2016 – 1 BvR 458/10, JZ 2017, 153
- Hillgruber/Goos*, Verfassungsprozessrecht, 5. Aufl. 2020
- Höfling/Augsberg*, Versammlungsfreiheit, Versammlungsrechtsprechung und Versammlungsgesetzgebung, ZG 2006, 151 ff
- Höfling/Augsberg*, Grundrechtsdogmatik im Schatten der Vergangenheit, JZ 2010, 1088

- Hömig/Wolff*, Grundgesetz, 12. Aufl. 2018
- Hörnle*, Anmerkung zu BVerfG, Beschl. v. 4.11.2009 – 1 BvR 2150/08, JZ 2010, 310 ff
- Hörstel*, Staatshaftung wegen nachlässiger Verfolgung von Straftätern durch Polizisten, Staatsanwälte und Richter, MDR 1994, 633
- Hoffmann/Kollmar*, Anmerkung zu EuGH, Urt. v. 26.2.2013 – C 617/10, DVBl 2013, 717 ff
- Hoffmann/Luch/Schulz/Borchers*, Die digitale Dimension der Grundrechte, 2015
- Hoffmann-Riem*, Neuere Rechtsprechung des BVerfG zur Versammlungsfreiheit, NVwZ 2002, 257
- Hoffmann-Riem*, Demonstrationsfreiheit auch für Rechtsextremisten?, NJW 2004, 2777
- Hoffmann-Riem*, Versammlungsfreiheit, in: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen, Handbuch der Grundrechte, Bd. IV, 2011, § 106
- Hoffmann-Riem*, Eigenständigkeit der Verwaltung, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas, Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. 1, 2. Aufl. 2012, § 10
- Hoffmann-Riem/Hong*, Versammlungen für Intoleranz – Wo liegen die Grenzen?, DRiZ 2016, 374
- Hofmann*, Das System des privatrechtlichen Hausrechts, Jura 2014, 141
- Holznapel*, Anmerkung zu BVerfG, Beschl. v. 22.5.2019 – 1 BvQ 42/19, CR 2019, 518
- Holznapel*, Anmerkung zu OLG Oldenburg, Urt. v. 1.7.2019 – 13 W 16/19, CR 2019, 736
- Holzner, Thomas*, Die gebändigte Demokratie? – Das Bayerische Versammlungsgesetz auf seinem beschwerlichen Weg zur Verfassungsmäßigkeit, BayVBl 2009, 485 ff
- Holzner*, „Kein Schutz der Freiheit für die Gegner der Freiheit“? – Die Entscheidung des BVerfG zum Sonderrecht gegen Rechts, Die Polizei 2010, 67
- Hong*, Die Versammlungsfreiheit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Rensen, Hartmut/Brink, Stefan, Linien der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – erörtert von den wissenschaftlichen Mitarbeitern, 2009, S. 155 ff
- Hong*, Das Sonderrechtsverbot als Verbot der Standpunktdiskriminierung – der Wunsiedel-Beschluss und aktuelle versammlungsgesetzliche Regelungen und Vorhaben, DVBl 2010, 1267
- Huber*, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3, 3. Aufl. 1990
- Hufen*, Staatsrecht II, 8. Aufl. 2020
- Ipsen*, Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsrecht, 4. Aufl. 2010
- Isensee*, Das Grundrecht als Abwehrrecht und als staatliche Schutzpflicht, in: Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts, Bd. IX, 3. Aufl. 2011, § 191
- Jacoby/v. Hinden*, Studienkommentar BGB, 16. Aufl. 2018
- Janz*, Perspektiven für ein brandenburgisches Versammlungsgesetz de constitutione lata und de lege ferenda, LKV 2009, 481
- Janz/Peters*, Ende des versammlungsrechtlichen Selbstbestimmungsrechts, NWVBl. 2017, 142
- Jarass*, Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 3. Aufl. 2016
- Jarass/Pieroth*, Grundgesetz, Kommentar, 16. Aufl. 2020
- Jenssen*, Die versammlungsrechtliche Auflage, 2009
- Johannes/Weinhold*, Das neue Datenschutzrecht, 2018
- Jungbluth*, Die „Erdogan-Entscheidung“, NVwZ 2017, 604
- Kämmerer*, Landesgrundrechte in Hamburg, in: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen, Handbuch der Grundrechte, Bd. VIII, 2017, § 250
- Kahl*, Die Konkretisierung verwaltungsrechtlicher Sittlichkeitsklauseln, VerwArch 2008, 451
- Kaiser*, Ausweitung der Gebührengrenze im Versammlungsrecht, VBIBW 2010, 53
- Kalscheuer/Jacobsen*, Zu der Rechtsnatur und den Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen eines behördlichen Hausverbots, NVwZ 2020, 370
- Kang*, Der Friedlichkeitsvorbehalt der Versammlungsfreiheit, 1993
- Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz, 5. Auflage 2018